

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz
und weiterer Abgeordneter
betreffend die Erstellung des Budgetbegleitgesetzes 2014

eingbracht im Zuge der Debatte zu TOP 6, Bericht des Budgetausschusses über den Antrag 116/A der Abgeordneten Gabriele Tamandl, Kai Jan Krainer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem eine vorläufige Vorsorge für das Finanzjahr 2014 getroffen wird (Gesetzliches Budgetprovisorium 2014) und das Bundesfinanzrahmengesetz 2014 bis 2017 geändert wird (22 d.B.) am 29.1.2014

Laut einer Anfragebeantwortung durch das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend vom 18. Februar 2013 hat der Förderungsnehmer „Junge Grüne/Junge Alternative“ unter dem Titel Basis- und Projektförderung auf der Grundlage des Bundesjugendförderungsgesetzes im zweiten Halbjahr 2012 die Summe von 54.504,65 Euro überwiesen bekommen.

Im Zuge des diesjährigen „Akademikerballes“ der FPÖ ist es zu schweren Gewalttaten von Demonstranten gekommen.

Mit ein Grund für diese Gewaltexzesse, bei der Dutzende Verletzte und Sachschäden in Millionenhöhe verzeichnet werden mussten, waren minutiös geplante Vorbereitungen, um die Demonstrationen eskalieren zu lassen.

So wurde auf der Homepage „nowkr.at“ mit dem Slogan „Unseren Hass den könnt Ihr haben“ offen zu Gewalt aufgerufen. Medieninhaber dieser Homepage sind die Jungen Grünen. Es wurden auch Busfahrten von der Bundesrepublik Deutschland nach Österreich angeboten, obwohl bekannt war, dass es sich bei den damit angesprochenen Personen um extrem gewaltbereite Linksextremisten und Mitglieder des sogenannten „schwarzen Blocks“ handelt.

Auch Tage nach den Ausschreitungen schließt die Obfrau der Jungen Grünen, Witzani Diana, im ZIB 2 Interview eine weitere Zusammenarbeit mit dem schwarzen Block nicht aus. Des Weiteren liegt ein Videomitschnitt vor, auf dem Janine Wulz, ehemalige ÖH-Vorsitzende und Grün-Funktionärin, den sogenannten Schwarzen Block skandiert und mit diesem kommuniziert. Auch ihr Nickname auf Twitter, wo Frau Wulz als „still fighting“ auftritt, zeigt die Nähe zu Gewalt und militantem Auftreten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten nachfolgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der Regierungsvorlage zum kommenden Budgetbegleitgesetz den Ausschluss der „Junge Grüne/Junge Alternative“ von Förderungen, insbesondere nach dem Bundesjugendförderungsgesetz, sicherzustellen.“

1. Satz

